

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 2.10, im Bezirks- und 10-Km-Verkehr M. 2.10, im übrigen Württemberg M. 2.20 Monats-Abonnement nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspalt. Zeile aus gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei einmal. Einschaltung 12 Pfg. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.
Fernsprecher 29. Postcheckkonto 5113 Stuttgart

Nr. 295

Montag, den 16. Dezember

1918.

Zur Verlängerung des Waffenstillstandes.

Triar, 13. Dezember. W.S. Der Waffenstillstandsvertrag wurde heute vormittag 11^{1/4} Uhr deutscher Zeit im Salonwagen des Marschalls Foch in Triar verlängert. Der Wortlaut des Abkommens ist folgender:

Abkommen.

Die Unterzeichner, versehen mit der Vollmacht, kraft deren sie den Waffenstillstand vom 11. 11. 18 unterzeichnet haben, haben folgendes Zusatzabkommen abgeschlossen: 1. Die Dauer des am 11. 11. 18 abgeschlossenen Waffenstillstandes ist auf einen Monat verlängert worden bis zum 17. Januar 5 Uhr morgens. Diese Verlängerung um einen Monat wird unter Vorbehalt der Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschluss des definitiven Friedens ausgedehnt werden. 2. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom November, soweit dieselben derzeit noch unvollständig verwirklicht sind, werden fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes die internationale Waffenstillstandskommission schiedsrichterliche Vorschriften nach den Weisungen der Oberkommandos der Alliierten zum Abschluss gebracht.

Folgende Bedingungen werden dem Abkommen vom 11. 11. 1918 hinzugefügt: Das Oberkommando der Alliierten behält sich vor von jetzt an bis es dieses für angezeigt erachtet und um sich neue Sicherungen zu verschaffen, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Beckenskopfes und bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Diese Besetzung wird vom Oberkommando der Alliierten 6 Tage vorher angezeigt werden. Triar, 13. 12. 1918. Gen. Foch, Womyn. Admital; geg.: Erzberger, Oberndorf, von Winterfeld, Wandelow.

Die Klausel, welche die Verlängerung des Vertrages bis zum Abschluss des definitiven Friedens vorsieht und die vorherige Anzei e der Besetzung der neutralen Zone vom Beckenskopfe Köln bis zur holländischen Grenze wurde auf Vorschlag des Staatssekretärs Erzberger in das Abkommen aufgenommen.

Zu Beginn der Sitzung teilte Marschall Foch im Namen des amerikanischen Lebensmittelkontrollieurs Hoover, mit, daß die in Deutschland liegenden 25 Millionen Tonnen Schiffsraum unter der Kontrolle der Alliierten zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden müssen. Zu der Erklärung des Ausdrucks Kontrolle der Alliierten in dem Sinne, daß hierbei die Schiffe selbstverständlich deutsches Eigentum verbleiben und mit deutscher Besatzung versehen werden könnten, antwortete Marschall Foch im Prinzip zustimmend. Aus den weiteren Bestimmungen geht sodann hervor, daß diese Versorgung mit Lebensmitteln von zwei Kommissionen geregelt werden wird. Die erste, welche die Lebensmittel aufkauft, hat ihren Sitz in Paris, während die mit der Verteilung beauftragte Kommission ihren Sitz in London hat. Staatssekretär Erzberger erklärte sich mit dieser Regelung des Transportes und dieser Benutzung des deutschen Schiffsraumes einverstanden, und Marschall Foch sagte zu, dieses Eingeständnis dem Lebensmittelkontrollieur Hoover zu vermitteln, damit die Verhandlungen zwischen den Schiffsfahrtsfachverständigen und dem Ausschuss der deutschen Seite für die Einführung von Lebensmitteln eingeleitet ist, alsbald aufgenommen werden können. Diese Verhandlungen werden nicht in Spa stattfinden.

Aus der Debatte ist weiter hervorzuheben, daß die Abgabe der Verkehrsmittel auf Grund der deutschen Vorschläge vor sich gehen wird und zwar in der Weise, daß bis zum 18. Januar 1919, die auszuliefernden 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und die 5000 Lokkraftwagen übergeben sein werden. Der deutsche, nach langen Verhandlungen angenommene Vorschlag steht im Einzelnen vor, daß während der ersten 10 Tage vom 18. 12. ab täglich 110 Lokomotiven und 2400 Wagen und dann während der übrigen 20 Tage je 150 Lokomotiven und 3200 Wagen abgeliefert werden. Der französische Vorschlag auf Ablieferung in kürzerer Frist drang nicht durch. Besonders gelang es auch, die von französischer Seite vorgeschlagenen Strafvorschriften infolge der Ablieferung von Material, dessen Zustand für nicht genügend erklärt werde, zu mildern.

Von englischer Seite wurde verlangt, daß das Linienschiff „Baden“ an Stelle des Panzerkreuzers „Mackensen“ abgeliefert werde, der nicht schleppbar ist. Letztere Tatsache war bereits am 11. 11. im Walde von Compiègne mitgeteilt worden, worauf von englischer Seite keine neue Forderung gestellt worden war. Staatssekretär Erzberger

bezeichnete die jetzt vorgebrachte Forderung als einen Akt der Willkür und legte Protest ein. Die Engländer haben diese Forderung jedoch nicht zurückgezogen.

Ein Vorschlag des Staatssekretärs Erzbergers betreffend die in Ostafrika befindlichen Kolonialkriegsgefangenen wird von Marschall Foch geprüft und die Antwort in den nächsten Tagen erteilt werden.

Marschall Foch verläßt Triar heute nachmittag um 2 Uhr. Die aus Spa zu den Verhandlungen eingetroffenen Mitglieder der Waffenstillstandskommission treten zu der gleichen Zeit die Rückreise an, und die von Berlin gekommenen Delegierten werden heute abend über Ruffel-Wilhelmsbühne dorthin zurückkehren.

Deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger.

Die Gefahren der Demobilisierung.

Berlin. Ueber die Gefahren der Demobilisierung spricht sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus: Beim Rücktransport der Westtruppen hat es sich im großen und ganzen einrichten lassen, daß die Truppen zu Weihnachten durchweg in der Heimat sein werden. Es ließ sich aber nicht vermeiden, daß die Ernährung und die Ungebuld infolge langer Märste zum Sturm auf die vorhandenen Transportmittel führten, sodaß die bisherige Ordnung des Rücktransportes schon vielfach durchbrochen ist und sich immer mehr zu lockern beginnt. Dieser Umstand, sowie die Verhinderung der Demobilisierung werden eine Ueberfüllung der großen Städte herbeiführen, in denen sich die heimkehrenden und entlassenen Soldaten stauen. Damit wird eine verhängnisvolle Erschwerung der Ernährung, der Unterbringung und Arbeitsbeschaffung verbunden sein. Ganz abgesehen von der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch Arbeitslose, ist es unbedingt erforderlich, daß die Arbeitsbeschaffung in stärkerem Maßstab erfolgt als bisher. Abhilfe läßt sich schaffen, wenn man einen stärkeren Abfluß der Arbeitskräfte in die Landwirtschaft herbeiführt. Man muß in den Kreisen der Widerstrebenden die Einsicht zu wecken suchen, daß es sich hier um schwere Folgen für die Allgemeinheit und damit auch für den Einzelnen handelt, wenn sie ihren Widerstand nicht aufgeben. Außerst kritisch gestalltet sich auch hier die Lage unserer Transportverhältnisse. Die Auslieferung des Transportmaterials auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen macht sich jetzt immer mehr fühlbar. Es ist zweifelhaft, ob durch unsere Eisenbahnwerkstätten und Wagenfabriken der Ausfall an Transportmitteln auch nur bis zum Mindestmaß ausgeglichen werden kann. Wie in anderen Betrieben ist auch hier die Arbeitsleistung vielfach durch Streiks und Arbeitsunlust herabgedrückt. Daselbst gilt für die Kohlenförderung. Eine Katastrophe kann nur vermieden werden, wenn der Arbeitswille energisch geweckt wird und wenn in allen Betrieben unseres Wirtschaftslebens wieder eine intensivere Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit eintritt. Es handelt sich gerade in diesen Wochen darum, über die gefährlichste Zeit des Ueberganges hinwegzukommen.

Der „Vorwärts“ schreibt: Auf die Gefahr hin, zunächst ausgelacht zu werden, behaupten wir, daß die große Arbeitslosigkeit in gewissen Orten daher rührt, daß es an Arbeitern fehlt. Es fehlt dort an Arbeitern, wo sie zunächst gebraucht werden, damit die Produktion wieder in Gang gebracht werden kann. Das Wirtschaftsleben kann nur wieder in Gang kommen, wenn die Arbeitskraft sich einschleift, dahin abzufließen, wo sie notwendig gebraucht wird. Die Arbeiterschaft darf sich auch nicht vor Arbeiten scheuen, die im Freien vorgenommen werden. Es ist z. B. dringend notwendig, daß der im Tagbau bestehende Braunkohlenbergbau verstärkt wird. Ebenso werden Arbeiter für den schleunigen Bau des Mittelkanals gebraucht, dessen Vollendung unzähligen stillliegenden Fabriken neue Lebensmöglichkeiten bieten würde. Jeder, der dort Arbeit nimmt, vermindert nicht nur seine eigene Arbeitslosigkeit, sondern auch die der anderen.

Tagesneuigkeiten.

Für Hindenburg.

Kassel, 14. Dez. W.S. Namens der Kameraden der Nordferroposten, der U-Bootsgeleitschiffen und der Kasseler Matrosenkompanien wird Nachfolgendes mitgeteilt: Von der Nordseeküste kommend, entbieten unsere Blaudjaken der Nordseeflottenhäute unserem Generalfeldmarschall in tiefer Verehrung ihren Gruß. Sie erachten als ihre heiligste Pflicht, treu zur jetzigen Regierung zu stehen und an der Wiederherstellung der Ordnung im Vaterlande mit allen Kräften mitzuwirken und sie zu erhalten.

Die Finanzen der Arbeiter- und Soldatenräte.

D.P.K. Die ersten Feststellungen des Staatssekretärs des Reichsschatzkomites Schiffer über das ungläubliche Finanzgebahren der Arbeiter- und Soldatenräte gibt dem „Vorwärts“ abermals Gelegenheit, seine warnende Stimme zu erheben. In einem von Dr. A. Hofrichter verfaßten Artikel wird verlangt, daß die Arbeiter- und Soldatenräte vor jeder neuen Maßnahme, die sie treffen, über die finanziellen Folgen klarsicheren und Klarheit geben müssen. Jeder neuen Verordnung, die das Reich finanziell belastet, müsse ein Kostenvoranschlag beigegeben werden. Ferner sei zu fordern, daß die Arbeiter- und Soldatenräte umgehend über ihre bisherigen Aufwendungen Bericht erstatten und ihre künftigen finanziellen Bedürfnisse in einer, wenn auch nur toten Skizze spezialisieren und glaubwürdig belegen.

Herr Dr. Hofrichter kann beruhigt sein, seine Vorschläge werden niemals Beachtung finden. Die ganze Wirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte ist vollkommen verfallen. Helfen kann nur deren Selbstbescheidung, d. h. deren Auflösung nach heftigem Kampf. Die heftigen Arbeiter- und Soldatenräte haben nämlich bereits verschiedentlich beschlossen, sich aufzulösen und sich umzuorganisieren in einen allgemeinen Volksrat. Das beste allerdings wäre die Schaffung einer wirklich geschnitzten Regierung und die Wiedererhebung gesetzmäßiger Organe in die ihnen zustehenden Rechte.

Und damit wären wir wieder bei der Kernfrage der gesamten deutschen Politik. Alle auch heute vorliegenden Nachrichten stimmen darin überein, daß die Entente nach wie vor entschlossen ist, lediglich mit einer legalen deutschen Regierung zu verhandeln. Sie werde nicht nur die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte fordern, sondern sie werde auch die gegenwärtige sozialistische Regierung als verhandlungsfähig nicht anerkennen.

Und dabei zögert die Regierung noch immer. Noch immer haben wir keine Verordnung, die die Wahlen zur Nationalversammlung auf einen früheren Termin festlegt! Wie lange noch soll das so weiter gehen?

Liebknecht als Streikheer.

Berlin, 14. Dez. In dem Elektrizitätswerk von Bergmann bei Berlin, war es vor einigen Tagen zwischen Arbeitern und Werkleitung zu Unruhen gekommen, die die Arbeiter veranlaßten, in den Streik zu treten. Die Organisation griffen ein, und der Streik wurde vorerst wieder beigelegt. Gestern morgen erschien plötzlich, wie die „Völkisch-parlamentarischen Nachrichten“ berichten, Liebknecht mit zwei Mann vor dem Betriebe, verschaffte sich gewaltsam Eintritt und hegte in der Fabrik zur Fortsetzung des Streiks. Es gelang ihm, die Arbeiter zu bewegen, mit nach einer Versammlung zu kommen. Die Arbeiter sind nicht wieder in den Betrieb zurückgekehrt.

Schwere Meuterei in einem Bergwerk.

Beuthen i. Oberschl., 15. Dez. Auf dem Goldhard-Schacht bei Orzegow kam es vorgestern unter russischen Kriegsgefangenen dadurch zu einer Meuterei, daß die Russen infolge des Waffenstillstandes sich weigerten, weiter zu arbeiten, nachdem sie bereits drei Tage gefesselt hatten. Das auf dem Grubenhof zur Bewachung der Kriegsgefangenen bestellte Militärkommando wurde von den Russen, die mehrere hundert Mann stark waren und die versuchten, den Wachmannschaften die Gewehre zu entreißen, angegriffen. Sie drangen mit eisernen Stöben, die von Beistellen abgerissen waren, gegen die Mannschaften vor. Der Unteroffizier des Wachkommandos gab Befehl zum Feuern. Dabei wurden 6 Kriegsgefangene getötet, 7 teils schwer, teils leicht verletzt. Daraus haben die Russen um Gnade und nahmen die Arbeit wieder auf.

Aufbesserung der Offiziersbezüge.

Berlin, 13. Dezember W.S. Im heute erschienenen Armeeverordnungsblatt werden den geringer besoldeten Offizieren, Sanitäts-, Veterinär-, Zeug-, Feuerwerker- und Festungsbauoffizieren, sowie Heeresbeamten für die Demobilisierungszeit Aufbesserungen ihrer Bezüge bewilligt.

Eisenbahnunglück.

Plauen i. S. 14. Dezember W.S. Heute Vormittag in der 10. Stunde hat sich wie der „Vogeländische Anzeiger“ meldet, auf der Strecke Hof-Plauen in der Nähe der Station Sgraun wahrscheinlich infolge Reifens



der Kuppelung eines Militärzuges ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Der Zug war mit Mannschaften der 11. Armee und der 8. Reserve-Division, die ihren Standort in Brandenburg und Allenstein haben, besetzt. Unter ihnen befinden sich auch namentlich viele Berliner. Sieben Wagen des Zuges sind zertrümmert, davon 5 in- und übereinandergefallen. Bisher sind 12 Tote, darunter 2 Offiziere, 9 Schwerverletzte und viele Leichtverletzte geborgen.

Wilson in Paris.

Paris, 13. Dez. Reuters. Wilson ist unter dem Jubel der Bevölkerung, und von Geschützsalven begrüßt, angekommen.

Zur Reichstagsfrage.

Berlin, 15. Dez. Der Präsident des Reichstages richtet an die Reichsleitung folgendes Schreiben: Gegenüber der dortigen Erklärung auf meine Berufung des Reichstages im Zusammenhang mit den Presseberichterstattungen habe ich nur das Bedürfnis, folgendes festzustellen: 1. Es ist falsch von der Absicht einer Gegenrevolution oder von Schwierigkeiten zu sprechen, die ich der Reichsregierung machen will. Es handelt sich für mich um die Schaffung der Voraussetzungen für den baldigen Abschluß eines Friedens. Herr Ebert ist über meine Absichten und die Uebereinstimmung der Parteiführer mit ihnen loyal unterrichtet worden. 2. Voraussetzung meiner tatsächlichen Berufung des Reichstages durch Bestimmung von Ort und Zeit ist die zweifelsfreie Feststellung der Tatsache, daß die jetzige Gewalt in Deutschland von unseren Feinden nicht anerkannt wird. Dieser Zeitpunkt, der nach den Zeitungsberichten vom Tage zuvor unmittelbar bevorstehen sollte, will ich aus einer einleuchtenden Erwägung heraus nicht abwarten. Ich dürfte es auch nicht angesichts der ungezählten Zuschriften und Telegramme, welche die Berufung des Reichstages fordern, und namentlich angesichts der Reichsliste aus Köln und Koblenz. Die Annahme, daß die Entente-Staaten durch mich auf den Gedanken kommen könnten, es fehle an einer verhandlungsfähigen Regierung, ist durch die vielfachen wiedergegebenen Erörterungen in der feindlichen Presse widerlegt. 3. Die Folgen meiner Pflichterfüllung verantworte ich mit ruhigem Gewissen und warte das pflichtmäßige Handeln der Regierung ab, wann sich die Voraussetzung meiner Handlung erfüllt.

„Eine habsburgische Intrige?“

Berlin, 14. Dez. Unter der Überschrift „Eine habsburgische Intrige?“ heißt es in „Deutschen Allg. Ztg.“: Aus Kopenhagen wird uns von einer Seite, die uns als zuverlässig bekannt ist, folgendes mitgeteilt: Vor etwa einer Woche ist hier ein bekannter österreichischer Aristokrat eingetroffen, angeblich in privater Angelegenheit. Wie ich zuverlässig erfahre, ist er mit der hiesigen englischen und französischen Gesandtschaft in Verbindung getreten, um mit ihnen Pläne zur Wiedereinsetzung des Kaisers Karl zu besprechen. Es soll bei diesen Unterredungen auch die Möglichkeit eines Anschlusses von Bayern und Schlesien an Oesterreich zur Sprache gekommen sein. In wessen Auftrag der betr. Emisсар verhandelt, habe ich bisher noch nicht feststellen können. Er ist nach Stockholm weitergereist, wird aber in den nächsten Tagen wieder in Kopenhagen erwartet.

Aus Stadt und Bezirk.

Regoth, 16. Dezember 1913

Der gesamte Post- u. Telegraphenverkehr (einschl. Fernsprechkörner) aus der Pfalz und nach den rechtsrheinischen Gebieten und umgekehrt ist neuerdings gesperrt.

Der Traum in Feindesland.

Roman von Julius Schoenthal.

(Rothdruck verboten.)
„Sehen Sie nach bitte nicht so fremd an! Ich bin es wirklich und festhabe. Und der sonderbare Wahn kommt daher, daß ich in zehn Minuten zu der letzten Probe für die Erbschaftsverteilung fahren muß, die morgen im Savoy stattfindet. Sie wissen ja...“ Und dabei lächelte sie ein unerschütterliches Lächeln vor. „Wieder ein Opfer... alles für die armen Soldaten...“ über ist es diesmal für die Hinterbliebenen... Ich weiß nicht... ist auch gleichgültig. Ich kann mich unmöglich ausziehen. Vorgesellern habe ich erst für 424 Wand Rasse verkauft. Großartig, nicht?
„Aber Sie hätten sich allmählich von dem seltsam-feenhaften Eindruck erlösen. Mit leichtem Spott sagte er:
„Es ist alles großartig, was Malady sagen oder tun. Darf ich mir aber die allerunterste Frage gestatten, weshalb mich Malady gerade für diese zehn Minuten, die noch bis zur Absicht bleiben, so dringlich hierher beistellen? Es scheint doch wohl ein zu sein? Um übrigens jeden Zweifel zu beheben — ich bin diesmal nach Ihrem Liebel... oder soll ich sagen: Wunsch? — gefolgt. Es wird aber wohl das letztemal sein, daß ich dies Haus beitere. Ich habe mit Ihrem Vater endgültig...
„Ich weiß alles“, unterbrach Edith abwehrend, „mein Vater hat mir beim Tode heute alles erzählt.“
„Sie wissen zwar nicht alles, Malady. Aber nehmen wir einmal getrost an, Sie seien allwissend. Nebenfalls werden Sie es begreiflich finden, daß ich den Verkehr mit diesem Hause abbrechen und zwar unumkehrbar!“
„Und Sie fühlen sich meinem Vater nicht zu Dank verpflichtet?“
„Ja... ihm zu... Dank verpflichtet?“ — „Aber Sie waren immer so sehr feindlich zu ihm. Dem Mann, der mich jahrelang aufgenutzt hat und — Sie sind seine Tochter! Ersparen Sie mir weitere Erklärungen! — Sagen Sie mir bitte: Weshalb haben Sie mich rufen lassen?“

Oeffentliche Versammlung zur Besprechung brennender kirchlicher Fragen.

In der evang. Stadtkirche war gestern nachmittag eine öffentliche Versammlung zur Besprechung brennender kirchlicher Fragen einberufen worden, die mit Gesang und Gebet eingeleitet wurde. Herr Predigt Dr. D. Schöel von der Generalsuperintendenten-Konferenz sprach über die kirchliche Lage. In längeren Ausführungen erklärte er, daß die Kirchenfrage keine Pflasterfrage, sondern eine Volksfrage sei. Man werde die Kirche so ausgestalten müssen, daß sie eine Volkskirche werde. Bisher habe man mehr das Lehrhafte in den Vordergrund gestellt, in Zukunft müsse das religiöse Leben mehr berücksichtigt werden. Die Mannigfaltigkeit der religiösen Bedürfnisse, in der Kirche zu vereinigen, dürfe für diese nur zum Heile sein. Jede Abspaltung sei zu vermeiden. Es werde, veranlaßt durch die politischen Umwälzungen, eine gewisse Lockerung im bisherigen Verhältnis zwischen Kirche und Staat, wahrscheinlich eine Trennung eintreten. Es sei zu erwarten, daß dann die Kirche in der gegebenen Freiheit sich kräftiger entwickle. Nur dürfe sie nicht zum Verein herabsinken, der Staat müsse ihr das einräumen, was sie zu beanspruchen habe. Dazu gehöre auch der Religionsunterricht und die religiöse Erziehung. In Zukunft werden die Laien in der Kirche mehr Vorträge genießen, ebenso die einzelnen Gemeinden. Herr Dekan Pflücker dankte dem Redner für seine Ausführungen und eröffnete die Besprechung über diese Fragen, an der er sich selbst, ferner die Herren Seminarrektor Dieterle, Professor Bauer, Brokauß Schumacher und Stadtpfarrer Dr. Schaiter beteiligten. Unter Dankesworten wurde durch Gebet die Versammlung geschlossen.

Versicherungswesen. Gottlieb Seeger zur „Köhlererei“ hielt sein Anwesen an Julius Müller, Öl- und Feinwarenhändler hier um 33 000 M. verkauft. Uebnahme 15. Jänner k. Zs.

Gemeinde-Rechnungsprüfung. Hierzu hat das Ministerium des Innern eine Revisionsvorschrift erlassen, deren wichtigste Grundzüge die folgenden sind: a) Für große und mittlere Städte: Die Gemeindekollegien können die Prüfung wegschicken lassen. In diesem Fall ist jedoch die Erhaltung des Grundstockvermögens, die Einhaltung des Schuldenzinsplans und die Vermögensberechnung von dem Rechnungsverständigen nachzuprüfen. Im übrigen genügen Stichproben. b) Für kleinere Städte und Landgemeinden: Die oberamtliche Prüfung ist eingeschärft, daß sich aber auf das Ausnahmewesen zu erstrecken. Das Oberamt kann, wenn dies in den besonderen Verhältnissen einer Gemeinde begründet ist, die Gemeindeprüfungsrechnung über ein oder mehrere auf die Zeit des Krieges sich erstreckende Rechnungsjahre einer genauen Prüfung unterziehen. Die Gemeindekollegien können eine genaue Prüfung der Rechnungen, die vom Oberamt einer solchen nicht unterzogen werden, durch einen Rechnungsverständigen auf Kosten der Gemeinde vornehmen lassen.

Edhaufen. Professor Bauer-Nagold sprach im „Waldhorn“ am Mittwochabend zu einer großen Zuhörerschaft über: — lassen wir es kurz zusammen, — die zeitliche, innerpolitische, nichts weniger als rosigte Lage. Seitnem längeren Vortrag, der wohl aufklärend wirken sollte, für die nicht bald genug vorzunehmenden Wahlen zur Nationalversammlung, folgte der Entschluß, hier eine Gruppe der Deutsch-demokratischen Partei zu gründen, die die Werbearbeit übernehmen und leiten soll. Den Vorsitz hatte Schultheiß Dengler inne, der dem Redner Dank sagte. Eine Beistimmungsliste wurde herumgereicht, auf die eine größere Zahl der Anwesenden ihren Namen setzte.

Sie tritt wie lebend nach der Heiligkeit, die über dem Tisch lag. Mühsam hatte sie am Vormittag sie da liegen lassen, als sie von ihrem Morgenritt im Wald zurückgekehrt war. Sie fuhr nach streichend über die Handfläche der Linken und wiederholte mechanisch:

„Weshalb ich Sie rufen ließ? Ich wunderte mich, daß Sie sich hier zur letzten Version machen und wollte den Grund erfahren. Auswärtigen hat mir freilich mein Vater die genaueste Auskunft gegeben... Aber, hören Sie, Atterley, können Sie mir nicht sagen, warum auch der Hauptmann, den Sie hier einführen...“ Sie zog die Brauen zusammen und unterbrach sich selbst... „Mein Vater vermehrt Mister Longford sehr. Haben Sie ihn nirgends gesehen?“

„Gewiß, ich lebe den Hauptmann hin und wieder im Hause Branch!“

„Im Hause Branch? Sie verkehren im Hause Branch?“

„Ja, durch eine Empfehlung Longfords wurde ich mit dem Obersten bekannt.“

„So? Und der Viscount hat Ihnen wohl die Anstellung im Kriegsamt verschafft?“

Sie führte mit der Hand einen pfiffigen Nod durch die Luft.

Atterley schrak zusammen.

Sie fragte weiter: „Fühlen Sie sich eigentlich wohl in dieser Stellung?“

Er blinzelte demütig drein.

„Ob ich mich wohlfühle, Lady Edith? — Heute meines Schlanges fühlen sich niemals wohl.“

„Aber warum haben Sie denn dann angenommen?“

Er freizügte auf. Seine Stimme klang düster und raub.

„Stellen Sie sich doch einen Menschen vor, der in einer Reichthümliche spazieren geht, mit dem selten Entschluß, sich im nächsten Augenblick auf die Bahre zu legen und ins Jenseits zu entschlummern. Und in diesem feierlichen Zustande begegnet der Mensch einem Mitmenschen, einem lebensdürstenden Draufgänger, und der bläst von seinem Geiste ihm Oben ein. So ist mir gerade am Vorabend meines Selbstbegrüßnisses der Hauptmann begegnet...“

Aus dem übrigen Württemberg.

Horb. In einer hier abgehaltenen Versammlung wurde nach verschiedenen Vorträgen einstimmig eine Entschließung angenommen, die u. a. besagt: Die in Horb versammelten Vertreter von etwa 20 000 Gewerbetreibenden des Schwarzwaldkreises erklären sich für die deutsche demokratische Republik, die ein Reich der sozialen Gerechtigkeit werden muß. Die Versammlung verwirft jedwede Klassenherrschaft und Diktatur, sie fordert unverzüglich Vornahme der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. In der deutschen Nationalversammlung und der milit. Landesversammlung fordert die Versammlung auf das entschiedenste die Bedeutung des Mittelstandes entsprechende Vertretung durch Abgeordnete, die der Vollzugsausschuß des Mittelstandes denjenigen Parteien vorschlägt, die sich dieser Erklärung hierfür in Betracht kommen. Als Kandidat für die Nationalversammlung wurde einstimmig Anwalt Hermann (Reilingen), der frühere volksparteiliche Abgeordnete, bestimmt und außer ihm für die milit. Landesversammlung vorgeschlagen: Flaschnermeister Henne (Lüdingen), Schuhmachermeister Kappeler (Pfaffgassenweiler), Schuhmachermeister Kappeler (Pfaffgassenweiler), Kartellvorsitzender Frh. Teufel (Lüdingen) und Kaufmann Ernst Reibel (Neuenbürg).

Freudenberg. Der zweigleisige Bau der Bahnstrecke Böblingen-Herrenberg, der als Notstandsarbeit vorgesehen wurde, ist in Angriff genommen und wird raschestens geendet werden. Der Rohbau, in der Hauptsache ausgeführt von der Firma Darsel, die auch bei den einschlägigen Arbeiten der Daimlerwerke in Sindelfingen als Hauptunternehmerin fungierte, wird einer großen Zahl von beschäftigungslosen Arbeitern Verdienstmöglichkeit schaffen.

Lüdingen. Die Frauen Lüdingens haben in dieser Woche an die Reichs- und an die Landesregierung folgende Eingabe gerichtet: 4700 Frauen Lüdingens aller Stände mit ihren Namensunterschriften und in der Gemüchtheit, daß Millionen deutscher Frauen in lächerlicher Geschlossenheit hinter ihren Tischen, fordern, kraft der ihnen verbleibenden Rechte, von der provisorischen Regierung in Stuttgart und von der Reichsregierung in Berlin die unverzügliche Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung, damit sie und ihre Kinder durch die lange Verzögerung nicht noch größerem Elend ausgeliefert werden, nämlich dem Ueberhandnehmen der Anarchie, dem Hunger und der Willkür des vor den Toren stehenden Feindes.

Demonstrationen von Arbeitslosen.

Stuttgart, 14. Dezember. Auf dem Schloßplatz fand heute mittag eine große Versammlung von Arbeitslosen statt, bei der u. a. mitgeteilt wurde, daß die Regierung die täglichen Unterstützungsätze für Verheiratete auf 10 M. und auf 8 M. für ledige festgesetzt habe.

Im Anschluß hieran bezog sich eine Menge von etwa 2000 Personen vor das Gebäude des deutsch-demokratischen „Neuen Stuttgarter Tagblattes“, um hier zu demonstrieren. Am Tore des Gebäudes wurden unter heftigen Ausfällen gegen die bürgerliche Presse mehrere Reden gehalten, die fortwährend von Zurufen gegen die Redakteure unterbrochen wurden. Darauf bezog sich eine Aorobnung auf die Redaktion, wo sie wegen angeblicher Verhegung und Verleumdung scharfe Beschwerden vorbrachte. Der stellv. Hauptredakteur gab ihnen die Erklärung ab, daß die Schriftleitung niemals die Absicht gehabt habe und auch ferner nicht gewillt ist, zu verhegen oder zu verleunden, daß sie aber das Recht für sich in Anspruch nehmen müsse, zu schreiben, wie sie es vor ihrer Ueberzeugung verantworten könne. Auf dringendes Ver-

und dann habe ich am Rande des Grabes nochmals hieher nach dem lösenden Himmelmanna Leben gegriffen. Aber was ich möchte, was ich im geheimsten Hintergrunde meiner Seele hoffte, — das ist ausgeblieben...“

„Er reichte die Arme schwer schweigend.“

„Wissen Sie, Lady Edith, was ich mir träumte? — Ein Jahr lang mühte ich sorgenfrei geliebt sein, um während dieser Zeit ein Werk zu schaffen, mein Werk, etwas ganz Großes, Erhabenes, Gewaltiges. Nicht solche Zwillinge, die in jeder Seite die stürzende Angst des Scheiterns vor'm Auge hatten, sondern solche Alltagsware, die man mit Gel und Abbeu für die große Menge zurecht stellt... Nein, nein, um schreiben zu können, so, wie ich schreiben möchte, mühte man frei sein, da mühte man seine Vergangenheit wie ein unheimliches Dämon auszuheben und in einer Springflut der Vergangenheit sich wieder jung haben können... Ja, ich war einmal ein feuerpeiender Berg, heute bin ich ein leer gebrannter Krater.“

„Sein Kopf fiel schwer auf den vorgestreckten Arm nieder.“

„Aber James Atterley, seien Sie doch nicht flehmütig. Sehen Sie, jetzt haben Sie so wundervoll viel freie Zeit. Im Kriegsamt sind Sie gewiß an keinem Tag länger als bis zum Abend beschäftigt. Dann können Sie arbeiten, soviel Sie Lustig sind.“

„Malady, Sie meinen es sicher gut mit mir. Aber jetzt, im Kriege, finde ich noch weniger Sammlung als sonst. Ich kann keine Beziehung zwischen mir und dem Krieg entdecken. Ich stehe dem Kriege wie einem unvorstellbaren, mich angruselnden Rätsel gegenüber. Ich kann das wirklich Heilige, Große, Gewaltige, Erhebende, das die andern am Kriege rühmen, nirgends sehen, ich weiß nur, daß der Krieg die zur Methode erhobene Menschenschlächterei, eine brutale Kaserne des Völkermordens, eine Tragikomödie internationaler Tollkühn ist...“

Edith schüttelte mißbilligend den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)



langen der Demonstration mußte die Fahne in den schwarz-roten Landesfarben, die zum Empfang der Gruppen vor dem Gebäude hing, entnommen werden. Mit Drohungen, falls die Haltung des Tagblattes sich nicht ändere, den Betrieb zu räumen, entfernte sich schließlich die Menge auf Zurufen der Vorsitzenden.

Keine rote Fahne auf der Eisenbahn. Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat folgenden Befehl erlassen: „Alle Truppenteile sind sofort nachdrücklich zu befehlen, daß das Aushängen roter Fahnen bei Transporten auf der Eisenbahn aufs strengste verboten ist. Die rote Fahne an Eisenbahnwagen kann zu erheblichen Betriebsstörungen, Unglücksfällen usw. führen, da rote Fahnen nach der deutschen Signal-Ordnung „Halt“ bedeuten.“

Letzte Nachrichten.

Wie die „Vorwärtspost“ meldet, hat die russische Militärregierung die Mobilisation aller wehrfähigen Männer von 20-35 Jahren angeordnet, um die Eisenbahnstation abzuwehren.

Im Ruhrgebiet streiken die Bergleute. Die Zahl der Streikenden beträgt 31. 10.000. Sie verlangen die Siebenstundenschicht, einen Sockellohn von 20 Mk. und eine Stationierung von 1000 Mk.

Die Türkei hat um Abschluß eines Bündnisvertrages ersucht. Der zu erwartende Friede wird die Türkei um die Hälfte ihres Bestandes bringen.

Der Zentralausschuß der nat.-liberalen Partei in Berlin hat einen Antrag, die nationalliberale Organisation, wenn auch unter dem Namen Deutsche Volkspartei mit 33 gegen 28 Stimmen angenommen. Ein Antrag auf Liquidation der Partei wurde abgelehnt.

Aus vorkatholischen Kreisen verlautet, daß der Papst sich an Wilson und die Ententeblätter gewandt habe, um die Blockade Deutschlands zu mildern, um die Aus Hungertung zu verhindern.

Das die Schüttung des Kommissars Paul Sage, Nagold, Straß 2, Berlin bei H. H. Röllerschen Buchdruckerei (Hans Röllers) Wwe.

Anteiliges.

Kommunalverband Nagold.

An die für die Monate November und Dezember gültigen Marken der Feilsorte werden vom Kommunalverband für Erwachsene zusammen 100 g und für Kinder zusammen 50 g Schmelzschmalz auf den Kopf zum Preise von 3 Mk. das Pfund abgegeben.

Die Abgabe erfolgt:
Am Freitag, den 20. Dezember 1918, von vormittags 8 1/2 Uhr ab für die Stadtgemeinde Aiensteig; und

am Samstag, den 21. Dezember 1918, von vormittags 8 1/2 Uhr ab für die Gemeinden Aiensteig-Dorf, Berneck, Egenhausen, Gatzweiler, Gengenwald, Spielberg und Ueberberg durch das Stadtschultheißenamt Aiensteig;

am Freitag, den 20. Dezember 1918, von vormittags 8-9 Uhr für die Gemeinde Simmersfeld; und

am Freitag, den 20. Dezember, von 9-10 Uhr für die Gemeinden: Beuren, Fünfbrunn und Eitmannweiler durch das Schultheißenamt Simmersfeld;

am Samstag, den 21. Dezember 1918 von vormittags 9 Uhr ab für die Gemeinden Wildberg, Effringen, Gültlingen, Pfondorf, Rosfelden, Schöndorn, Sulz.

in Wildberg durch das Stadtschultheißenamt. Für die übrigen Gemeinden des Bezirkes in Nagold durch die Feilsammelstelle des Kommunalverbands, Neugermesler Klump in Nagold

am Mittwoch, den 18. Dezember 1918 von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr.

Das Schmalz wird nur gegen die im Bezirk ausgegebenen Feilsmarken abgegeben. Gegen Buttermarken darf kein Schmelzschmalz abgegeben werden. Vom Stammabschnitt losgetrennte Marken sind unzulässig und werden nicht entgegengenommen. Gegen Butter eingetauchte Feilsmarken haben ebenfalls keine Gültigkeit.

Die Abschmer des Schmalzes haben bei der Empfangnahme den Betrag abgezahlt bereitzustellen.

An anderen Tagen bzw. zu anderen Zeiten, als den oben genannten wird grundsätzlich kein Schmalz abgegeben. Nagold, den 14. Dez. 1918.

J. B. Oberamtmann Münz.

Pferde-Versteigerung.

Es werden versteigert:
Am 16. Dezember 1918 vormittags 9 Uhr:



vollwertige, draht. Hengste vered. Blutes, Größe 140-170 cm

Am 17. Dezember 1918 von vormittags 9 Uhr ab: schwere Kolonnenpferde und Pferde württ. Landeschlages.

Die folgenden Tage, ausgenommen Samstag, ebenfalls gute Pferde jeder Artklasse. Verkauf erfolgt zu den bekanntesten Bedingungen der Herrenverwaltung. Galstern sind mitzubringen. Kriegsanleihe wird bis zu vollen Hundemarkenbetrag des Kaufpreises in Zahlung genommen.

I. Ersatz-Pferde-Depot XIII. A.-R. Ludwigsburg, Reithausplatz.

Oberamtsparkasse Nagold. Aufgebot.

Katharina Holzäpfel, led., wohnt in Mindersbach, hat die Kraftverkaufung des auf den Namen Katharine Holzäpfel in Mindersbach ausgestellten angeblich verlorengegangenen Sparbuchs Nr. 8440 über ein Sparbuchhaben von 79 M 18 g - Stand auf 1. Januar 1918 - beantragt.

Der Inhaber wird aufgefordert, das Sparbuch innerhalb eines Monats nach der Einrückung in diesem Blatt bei der Oberamtsparkasse vorzulegen, widrigenfalls die Urkunde für kraftlos erklärt würde.

Nagold, den 13. Dezember 1918.
Die Kassenverwaltung: Rillinger.

Verloren
ging in hiesiger Stadt ein **Trauring.**
Abzuge en bei G. W. Zaiser.
Ref.-Offiz sucht 1 oder 2 möbl. freundliche **Zimmer.**
Näheres zu erfragen bei der Geschäftsstelle d. Bl.

Ragold. Vertausche
1/2-jährige **Allgäuer-Mind** gegen **Simmentaler Mind.** Schön, Insel.
Aufkleb-Adressen, empfiehlt
G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Ragold. Wegen Kohlenmangels werden die Rassenstunden der Oberamtspflege und Oberamtsparkasse

wie folgt vorläufig festgesetzt:
vormittags 1/2 9-12, nachmittags 1-4 1/2, Samstag-Nachmittags bis 3 Uhr.

Ragold. Zum baldigen Eintritt wird ein energischer, zuverlässiger Mann als

Milchkontrollleur

für den hinteren Bezirk gesucht. Schreibgewandte, mit den Verhältnissen der Landwirtschaft vertraute Leute wollen sich melden.

Milchverteilungsstelle des Oberamts Nagold. Geschäftsführer Schmid.

Stadtgemeinde Nagold. Reifig-Verkauf.

Dienstag, 17. Dezember 1) aus Distrikt Rillberg Abt. vorderes Buch:

Reifig Weiden: Laubholz zum Selbsthauen geschätzt, 980.

Zusammenkunft zum Vorzeigen 1/2 2 Uhr bei der Harzjobrik, Verkauf 1/2 3 Uhr auf Balmers Weg beim Jägerfeld;

2) aus Distrikt Rillberg Abt. Hirschholz, Kreuzlaube, hinteres Stadenkammerle:

Reifig Weiden: Laubholz zum Selbsthauen geschätzt 420; Nadelholz ungeb., in Fildchenlofen, geschätzt 150.

Zusammenkunft zum Vorzeigen 1/2 4 Uhr auf dem Sträßchen zwischen Abt. Kreuzlaube und Stadenkammerle, Verkauf 4 Uhr daselbst.

Die große Schar

unserer elenden Krüppel, Siechen, Idioten, (1000), bietet in diesem Jahre besonders herzlich, ihrer zum Weihnachtsfest in darmerziger Liebe zu gedenken.

Freundliche Spender nimmt dankbarst entgegen D. H. Braun, Superintendent, Vorstand der Krüppelhäuser, Angerburg Str. (Postfach. Rölling. 2423).

Um, wenn auch unter erschwerten Umständen, den Kindern, die die **Ev. Kindersonnenschule** besuchen, durch eine **Weihnachtsfeier** (4. Advent, nachm 5 Uhr) bereiten zu können, bitten um freundliche Gaben **die beiden Geistlichen, sowie die Lehrer und Schülerinnen der Sonntagsschule.**

Für die Weihnachtsfeier des **Ev. Sänglingsverein** sind mit herzlichem Dank bereit, Gaben entgegenzunehmen

J. A. des Ausschusses: Stadtpfarrer Dr. Schärer, Verwalter Bauer, Buchdrucker R. Reimer, Gärtner Herm. Raaf.

Zu einer Weihnachtsfeierung für die **obdachlosen Wanderer** im städt. Spital bitten um freundliche Gaben Stadtpfarrer Dr. Schärer, Hausmeister Schmid.

Solider Herr sucht auf 1. Jan. ein möbl. Zimmer.
Angebote a. d. Geschäftsst.

Allgemeine Frauenversammlung.

Am Dienstag, 17. Dez., abends 7 1/2 Uhr wird im „Traubensaal“ Frau. A. Schieber aus Stuttgart über

„Die Frau im neuen Deutschland“ sprechen.

Hierzu werden die Frauen und Mädchen aus Stadt und Bezirk freundlichst eingeladen.
S. A.: Prof. A. Sanfer.

Aufforderung.

Mein 9 Jahre alter Sohn Anton hat sich unerlaubterweise von Hause entfernt u-d soll sich im Herrenberger oder Nagolder Bezirk aufhalten. Ich bitte den Jungen, der schwarze Schalkkleidung und Holzschuhe trägt, leßzunehmen und als bald Nachricht, womöglich durch Fernsprecher, Postamt Freudenstadt, hierher gelangen zu lassen.

August Haist, Telegraphengruppenführer.

Nagold, den 15. Dez. 1918.



Todes-Anzeige.

In tiefem Schmerz geben wir teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß es G. H. dem Allmächtigen über Leben und Tod gefallen hat, meine liebe Gattin, unsere treue, liebevolle gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Christiane Hartmann geb. Harr
nach kurzer Krankheit unerwartet durch einen sanften Tod im Alter von 71 1/2 Jahren zu sich zu ruhen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Georg Hartmann, Sattlermeister mit Kindern.

Beerdigung Mittwoch, 18. Dez., nachm. 2 Uhr.

Gebrauchte Schuhmacher-Nähmaschinen
sucht zu kaufen.
Ausl. Mitteilungen an **Karl Zweg, Reutlingen** Hohenzollernstr. 30.

Alle Bücher

Musikalien, Lehrmittel usw. liefert
G. W. Zaiser, Schreibwarenhandlg. Nagold.

Biehbefitzer!

Wenn Ihre Kuh nicht milchert, oder wenn sie öfters rindert und nicht aufnimmt, dann verlangen Sie kostenlose Auskunft von **G. Fr. Adelle, Langenargen a. S. 71.**

Die Schmidtschen Mittel sind in jeder Apotheke erhältlich, wo nicht, wende man sich an obige Firma. Nachschreibungen weist man zurück und achte genau auf Name und Schutzmarke „Hohen-Neuffen“.

Weihnachts-Karten
in schöner Auswahl bei **G. W. Zaiser, Nagold.**

Aufruf der Württembergischen Bürgerpartei

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Des Vaterlandes heilige Not pocht an unsere Herzen und rüttelt an unserem Gewissen. Unser stolzes deutsches Reich, das Lebenswerk unseres Bismarck, ist zertrümmert. Anordnung, Klassenherrschaft und Gewalt triumphieren. Das Gebot der Stunde war der Zusammenschluß des gesamten deutschen Bürgertums. Die Demokratie hat ihn verweigert. Nun soll sich die Sammlung des Bürgertums unter der Fahne der Württembergischen Bürgerpartei vollziehen.

Unter dieser Fahne sammelt euch! Stehet auf! Einiget euch!

Lasset uns die alten guten Bürgertugenden verteidigen, ein lebensvolles Christentum wahren! Haltet hoch die heiligen Güter der Ordnung und Freiheit, der Wahrheit und Gerechtigkeit! Hütet deutschen Geist und deutsche Art!

Im Glauben an des deutschen Volkes Zukunft wollen wir aus dem Jammer der Gegenwart unser geliebtes Vaterland zu besseren Zeiten herausführen und kraftvoll arbeiten an seinem Wiederaufbau, furchtlos und frei!

Die Ziele, die wir erstreben, sind im einzelnen folgende:

1. Verfassungs- und auswärtige Politik.

Wir fordern eine geordnete, starke und gesicherte Staatsregierung im Land und im Reich; sie ist die notwendige Voraussetzung für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Wir sind bereit, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuwirken, in der Recht und Ordnung herrschen.

Wir wollen jede Diktatur oder Bevormundung einer einzelnen Volksklasse zurück und wollen alle Bürger und Stände gleichmäßig an der Regierung und Verwaltung beteiligen.

Wir vertreten mit Entschiedenheit den Reichsgedanken, wollen aber die Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten und die Eigenart der deutschen Stämme erhalten. Wir erwarten, daß die Regierungen auf den baldigen Abschluß eines Friedens einwirken, der die Vereinigung aller deutschen Stämme im Verband des Reiches ermöglicht. Jeden Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden lehnen wir entschieden ab.

Wir unterstützen die vorläufigen Regierungen und fordern, daß mit der allergrößten Beschleunigung Landes- u. Reichsversammlung zusammentreten, um unabhängig über die Verfassung zu entscheiden und zu beschließen.

Wir treten jedem Internationalismus entgegen, der das Wohl des eigenen Volkes hintersetzt. Wir unterstützen jedoch das Bestehen nach Schaffung eines ehrlich gemeinten Völkerbundes unter der Voraussetzung, daß er dem deutschen Volk volle wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsfreiheit währt. Gegenseitigkeit in der Behandlung und im Austausch der Kriegsgefangenen ist als wesentliche Voraussetzung eines Friedens der Gerechtigkeit anzustreben.

2. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wir wollen jede ehrliche deutsche Arbeit in Stadt und Land schützen und den Aufstieg der Begabten und Tüchtigen aus allen Ständen mit allen Kräften fördern. Wir wollen den Bauernstand als den Jungbrunnen der deutschen Volkskraft und als die sicherste Quelle unserer Ernährung kräftig und gesund erhalten. Wir wollen uns mit aller Kraft des Handwerks wie des ganzen gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes annehmen, der im Krieg am schwersten mitgenommen und auch weiter durch die sozialistische Wirtschaftsordnung von der einen und durch das Großkapital von der anderen Seite bedroht ist.

Wir stehen auf dem Boden des Privateigentums und der Privatwirtschaft und lehnen bei allem Verständnis für soziale Bedürfnisse den Kommunismus ab. Wir erstreben den Abbau der Zwangswirtschaft und die baldige Beilegung der Kriegsgesellschaften. Sollten an größeren Gewerbaunternehmungen, insbesondere an Privatmonopolen Reich, Staat und Gemeinde beteiligt werden, so treten wir dem nicht entgegen, sofern dabei die Leistungsfähigkeit des Unternehmers nach Möglichkeit gewahrt und die Leistungsfähigkeit des Betriebs nicht herabgemindert wird.

Unsere Sozialpolitik wollen wir ausbauen; den Angehörigen und Arbeitern soll das Koalitionsrecht gesichert werden. Der Kleinwohnungsbau ist mit allen Mitteln zu fördern. Der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wollen wir uns mit allem Nachdruck annehmen. Eine Aufstellung geeigneter Grundbesitzes ist uns namentlich für die Kriegsteilnehmer zum Zweck kleinbäuerlicher Siedlung erwünscht. Enteignungen sind nach den Grundsätzen gerechten Ausgleiches zu entschädigen.

Den Beamten samt den Offizieren und Unteroffizieren, den Geistlichen, Lehrern und staatlichen Angestellten und Arbeitern, sowie ihren Hinterbliebenen wollen wir ihre gesetzlichen Ansprüche und Anwartschaften unverkürzt erhalten. Ihre außerdienstlichen Wirken, insbesondere in politischer Hinsicht, darf keinesfalls obrigkeitlicher Beeinträchtigung unterliegen. Bei Belegung der Beamtenstellen soll nur die Wichtigkeit des einzelnen maßgebend und jede Parteipolitik und Betriembwirtschaft ausgeschlossen sein. Das Beamtenrecht und das Staatsarbeitertrecht sind in neuem Geiste zu gestalten.

3. Finanzpolitik

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat eine ungeheure, furchtbare Steigerung der Steuerlast zur Folge; sie muß geteilt und zwischen Reich, Einzelstaaten und Gemeinden zweckmäßig ausgeglichen werden. Wir erstreben ihre gerechte, der Leistungsfähigkeit angepaßte Verteilung unter Berücksichtigung der Kinderzahl. Vor allem sind die Kriegsgewinne schatz zu erheben; kleinstädtisches Vermögen ist zu schonen. Der Verschleppung des Kapitals ins Ausland ist mit allen Mitteln vorzubeugen. In dem bürgerlichen Besitz, wie in dem verbenden und schaffenden Kapital in Industrie, Handel und Gewerbe sehen wir die Grundlage aller wirtschaftlichen Entwicklung; sie sind deshalb vor der Auflage unerträglicher Lasten zu schützen und für den Wettbewerb mit dem Ausland leistungsfähig zu erhalten.

Die indirekten Steuern, insbesondere auf erhebliche Genussmittel, und die Ausgestaltung der Luxussteuern sind daher auch bei dem Ausbau der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern nicht zu erschweren.

Wir treten entgegen allen Bestrebungen, eine geordnete Finanzwirtschaft aufzugeben, insbesondere einer Entwertung der Kriegsanleihen und einer Beschlagnahme der Bankguthaben und Sparkasseneinlagen.

4. Kulturpolitik

Die Freiheit der Person und der Meinungsäußerung, sowie die Freiheit der Wissenschaften sind verfassungsmäßig festzulegen. Wir treten für die Gewissensfreiheit ein und verlangen, daß sich der Staat jedes Eingriffs ins kirchliche Leben enthalte; eine etwaige Auscheidung des Kirchenvermögens soll in gerechter und wohlwollender Weise durchgeführt werden. Wir treten ein für zeitgemäße Fortentwicklung des Schulwesens.

Die sittlichen und religiösen Grundlagen unseres Volkslebens müssen erhalten bleiben; daher treten wir mit allem Nachdruck für die religiöse Erziehung der christlichen Jugend ein, ohne Gewissenszwang Andersdenkenden gegenüber, für den Schutz der Ehe und der Familie, für den Kampf gegen die sittliche Verwilderung des Volkes.

Die Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben, unter voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung halten wir für geboten.

Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Wer unseres Sinnes, unseres Geistes ist, trete in unsere Reihen und melde sich als Mitglied bei einem von uns oder bei der Geschäftsstelle, Gymnasiumstraße 25 I. Zahlungen auf das Guthaben der Württembergischen Bürgerpartei bei der Allgemeinen Rentenanstalt Stuttgart oder auf das Partei-Postcheckkonto Nr. 11340, Postcheckamt Stuttgart. Mitgliedsbeitrag nach Belieben, jedoch womöglich nicht unter 2 Mark für die Familie.

Stuttgart, den 7. Dezember 1918.

Dr. D. Bader, Vorl. des Rabattenvereins; Basler, Oberamtmann; Schriftleiter Dr. Beinhöner; Paul Beck, Metzgermeister; Jean Maria Bernhard-Schmid, Medizinalratsmitgl.; Paul Berensinger, Fabrikant, Gemmingen; Dietrich, Rektor a. D.; Dr. Ester, Rottweil; Theodor Fischer, Tagelöhner, Mitglied der Handwerkerkammer, Heilsbrunn, Staatsminister a. D.; Gerold, Amtsgerichtsekretär; Hauger, Delan, Ludwigsburg; Jean Harzer, Gießer; Haug, Schuhmachermeister; Heinrich Heitfeld, Eisenbahnschaffner a. D.; H. Helm, Bäcker; Hüter, Landtagsabgeordneter; Georg Huber, Schuhmachermeister; Ernst Jernung, Waidpächter, Kleinbottwar; Haug, Berufsgenossenschaftsbeamter; Fabrikant Kappeler, Calmbach; Kern, Volksschulrektor; S. Krenz, Schneidermeister; Klein, Eisenbahnarbeiter; Pfarrer Krauß, Lutherleut.; Heinrich Krauß, Rechtsanwalt; Wilhelm Klemm, Weingärtner; Viktor Kurz, Kaufmann; Lohrer, Rüstler Hausmeister; Mäsen, Rektor der Wilhelm-Realschule; Chr. Kengold, Bäckermeister; Kreyer, Prof., Ulm; Kroll, Staatsrat a. D.; Heinrich Müller, Vorsitzender des württembergischen Vätervereinsverbandes; Dr. Wiesberger, Sanitätsrat; Eugen Kemppis, Vorsitzender des württembergischen Bundes für Handel und Gewerbe; Roth, Rechtsanwalt, Landtagsabgeordneter, Leonberg; Rothburger, Eisenbahnsekretär; Schausser, Stadtpfarrer, Ulmingen; Hans und Elise Schmid-Krieger; Schmidt, Staatsanwalt, jurist. Hauptmann; Hans Schuß, Bäckermeister, Wainstall; Schulte, Landtagsabgeordneter, Nagold; Schülz, Kreisobermeister; Obermedizinalrat Dr. Scheutgen; Pfarrer Schärer, Gerlingen; Strödel, Regierungsrat, Landtagsabgeordneter; Direktor Strebel, früher Hohenheim; Egon Wulff, Direktor; Heinrich Timmermann, Kaufmann; Theurer, Veterinär, Ludwigsburg; Graf Ulrich-Grafenhand, Kirchheim; Vogt, Gochsen, Landtags- und Reichstagsabgeordneter; Walter, Schulrath, Weinsach; Wilhelm Wiermann; Dr. Wierler, Professor, Tübingen; Wegmann, Hofmeister, Kirchheim; Dipl.-Ing. Weibrecht, Gemeinderat. — Weitere Zustimmungserklärungen folgen.